



VERBAND SCHWEIZERISCHER PRIVATSCHULEN VSP  
FÉDÉRATION SUISSE DES ÉCOLES PRIVÉES FSEP  
FEDERAZIONE SVIZZERA DELLE SCUOLE PRIVATE FSSP

[vernehmlassung.hbb@sbfi.admin.ch](mailto:vernehmlassung.hbb@sbfi.admin.ch)

Staatssekretariat für Bildung,  
Forschung und Innovation SBFI  
Abteilung Bildungszusammenarbeit  
Einsteinstrasse 2  
3003 Bern

Bern, 28. März 2017

**Vernehmlassung der Totalrevision der Verordnung des WBF über Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen (MiVo-HF; SR 412.101.61)**

Sehr geehrter Herr Staatssekretär  
Sehr geehrter Herr Direktor  
Sehr geehrte Frau Nobs  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 16. Dezember 2016 haben Sie uns zur Vernehmlassung zur oben aufgeführten Verordnungsrevision eingeladen. Der Verband Schweizerischer Privatschulen hat zahlreiche Mitglieder, welche als Anbieter von Ausbildungen im Bereich der höheren Berufsbildung von dieser Anpassung der Rechtsgrundlagen direkt betroffen sind. Wir machen daher gerne Gebrauch von der Möglichkeit, eine Meinungsäusserung zum vorgesehenen Verordnungstext einzureichen.

**I. Einleitende Bemerkung**

Der VSP begrüsst grundsätzlich die vorgesehene Revision der Verordnung und insbesondere die vorgesehene nachfrageorientierte Finanzierung der Bildungsgänge.

**II. Anträge bzw. Ergänzungen zum Verordnungsentwurf**

**Art. 8**

**Änderungsantrag (unterstrichen)**

Die Rahmenlehrpläne werden von den Bildungsanbietern und den Organisationen der Arbeitswelt gemeinsam entwickelt und erlassen.

**Begründung**

Wir stellen ein Ungleichgewicht zwischen den OdAs und den Bildungsanbietern als Träger der Rahmenlehrpläne fest. In diesem Sinne unterstützen wir ausdrücklich die Ihnen bekannte Vernehmlassung des Verbandes Berufsbildender Schulen Schweiz, die den gleichen Formulierungsvorschlag (mit ausführlicher Begründung) macht.

**Art. 10 lit. d**

**Änderungsantrag (unterstrichen)**

Die Trägerschaft ist in der Regel gesamtschweizerisch abgestützt.

**Begründung**

Es ist allgemein bekannt, dass die Berufsbildung in der lateinischen Schweiz nicht die gleiche Akzeptanz geniesst, wie in der Deutschschweiz. Es ist mithin denkbar, dass eine OdA sich überwiegend nur auf einen Landesteil der Schweiz abstützen kann. Trotzdem sollte in einem solchen Fall eine Genehmigung erteilt werden können. Mit der Formulierung „in der Regel“ wird diesem Anliegen Rechnung getragen.

**Art. 11 Abs. 2**

**Änderungsantrag (unterstrichen)**

Die Rahmenlehrpläne sind in der Regel auf acht Jahre befristet.

**Begründung**

Die Dauer von 8 Jahren entspricht dem üblichen Zyklus von zwei Legislaturperioden und es macht aus unserer Sicht Sinn, von einer Anerkennung von 8 Jahren auszugehen. Es soll zudem in der Hand der OdAs liegen, mit welcher Dynamik sie die Rahmenlehrpläne anzupassen haben. Grundsätzlich sind starre Fristen aus rechtlicher Sicht bei Ausbildungsvorgaben – gerade auch im Bereich der höheren Berufsbildung – problematisch. Rahmenlehrpläne und Bildungspläne sind dynamische Gefässe, welche sich laufend an der Entwicklung der Bedürfnisse der Wirtschaft an die Fachkräfte zu orientieren haben. Wir könnten uns zum Beispiel auch eine Ergänzung dieser Bestimmung in der Richtung vorstellen, dass die zuständige OdA alle vier Jahre ein Reporting einreicht, um die nach wie vor aktuelle Ausbildung zu belegen.

**Art. 17 Abs. 2 lit. c**

**Änderungsantrag (unterstrichen)**

Der Bildungsanbieter einen anerkannten Bildungsgang am geplanten Standort anbietet.

**Begründung**

Auf die Einschränkung „am geplanten Standort“ ist im Verordnungstext aus Gründen der rechtsgleichen Behandlung von Anbietern und aus wettbewerbsrechtlichen Überlegungen zu verzichten. So erhalten etablierte Bildungsanbieter mit anerkanntem Bildungsgang die Möglichkeit, ihr Angebot im Sinne der Arbeitsmarkt- und Bedürfnisorientierung auch dann dezentral und regional anzubieten, wenn die Nachfrage für das grundständige Studium an einem Standort nicht ausreichend ist.

**Art. 21. Abs. 2**

**Änderungsantrag (unterstrichen)**

Die Anerkennung von Nachdiplomstudien, die nicht auf Rahmenlehrplänen beruhen, wird auf 8 Jahre befristet.

**Begründung**

Die Dauer von 8 Jahren entspricht dem üblichen Zyklus von zwei Legislaturperioden und es macht aus unserer Sicht Sinn, von einer Anerkennung von 8 Jahren auszugehen.

\*       \*

\*

Wir hoffen, dass Sie unseren Anliegen entsprechen können und stehen Ihnen für ergänzende Fragen, Erläuterungen und Informationen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

VERBAND SCHWEIZERISCHER  
PRIVATSCHULEN                      VSP

Der Präsident



Norbert Foerster

Der Generalsekretär



Markus Fischer